

SITZUNGSNIEDERSCHRIFT

Gremium		
Rat der Stadt Schwelm		
Sitzungsort Sitzungssaal, 2. OG, VG I, Hauptstraße 14, 58332 Schwelm		
Datum 14.02.2019	Beginn 17:03 Uhr	Ende 21:15 Uhr

Zur heutigen Sitzung sind folgende Damen und Herren ordnungsgemäß eingeladen worden und sind anwesend:

Mitglieder

Bosselmann, Ralf
Christoforidou, Elissavet
Hortolani, Frauke Dr.
Kaufmann, Michaela Dr.
Kick, Hans-Werner
Kirschner, Thorsten ab 17:57 Uhr TOP A7
Philipp, Gerd
Philipp, Sylvia Dr.
Schier, Klaus Peter
Tempel, Gabriele
Wapenhans, Detlef
Weidner, Johnnie
Flüshöh, Oliver
Happe, Andreas bis 21:05 Uhr TOP A18
Heinemann, Manfred
Kampschulte, Matthias
Lenz, Heinz-Jürgen
Lusebrink, Hans-Otto
Müller, Michael
Nockemann, Frank
Sartor, Christiane
Thier, Heinz Georg
Zeilert, Hans-Jürgen
Beckmann, Philipp J.
Meckel, Klaus
Pfeffer, Jörg bis 20:00 Uhr TOP A7
Schwunk, Michael
Gießwein, Brigitta
Gießwein, Marcel
Weidenfeld, Uwe
Bockelmann, Christian Dr.
Kranz, Jürgen
Feldmann, Jürgen
Burbulla, Johanna
Schulz, Jürgen
Stutzenberger, Olaf

Vorsitzende

Grollmann, Gabriele

Sitzungsteilnehmer/innen von der TBS AÖR

Flocke, Markus

Sitzungsteilnehmer/innen von der Verwaltung

Guthier, Wilfried
Heringhaus, Petra
Mollenkott, Marion
Nowack, Simon
Peters, Hildegard
Rath, Christiane
Rudolph, Heike
Schweinsberg, Ralf
Striebeck, Thomas

Schriftführer/in

Liebscher, Sybille

Abwesend:

Mitglieder

Garn, Elke
Lubitz, Eleonore

A Öffentliche Tagesordnung

- | | | |
|------|--|--------------|
| 1 | Eröffnung der Sitzung und Begrüßung durch die/den Vorsitzende/n | |
| 2 | Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit | |
| 3 | Gedenken an verstorbene Mitarbeiterinnen, Mitarbeiter und Ratsmitglieder | |
| 4 | Einführung und Verpflichtung von Ratsmitgliedern | 007/2019/1 |
| 5 | Niederschrift zur Sitzung vom 29.11.2018 - Kenntnisnahme und Feststellung - | |
| 6 | Fragen der Einwohner/innen an Rat und Verwaltung | |
| 7 | Aufstellung des Regionalplans Ruhr | |
| 7.1 | Aufstellung des Regionalplans Ruhr
Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 15.01.2019 | 182/2018/1/1 |
| 7.2 | Aufstellung des Regionalplans Ruhr
Antrag der FDP-Fraktion vom 31.01.2019 | 182/2018/1/2 |
| 7.3 | Aufstellung des Regionalplans Ruhr
1. Bericht über die relevanten Änderungen für die Stadt Schwelm zur Kenntnis
2. Beschluss über die Stellungnahme der Stadt Schwelm zur Vorlage beim RVR | 182/2018/1 |
| 8 | Mitteilungen der Bürgermeisterin | |
| 9 | Konzept Sauberkeit und Stadtbildpflege (interfrakt. Antrag v. 04.11.2018) | 216/2018 |
| 10 | Vorstellung des neuen Wirtschaftsförderers | |
| 11 | Gleichstellungsplan 2019 bis 2024 | 008/2019 |
| 12 | Ausschussumbesetzungen | |
| 12.1 | Änderung der Besetzung im Verwaltungsrat der Städtischen Sparkasse zu Schwelm | 010/2019/2 |
| 12.2 | Ausschussumbesetzungen und Entsendung in Drittorganisationen | 010/2019/1 |
| 13 | Zentralisierung | |

13.1	Zentralisierung der Verwaltung / Stand der Planungen Neubau Rathaus und Kulturzentrum.	026/2019
14	Interfraktioneller Antrag vom 05.02.2019 - Prüfung Nachnutzung Gustav-Heinemann-Schule	022/2019
15	Benennung einer Straße im Bebauungsplangebiet "Neues Wohngebiet Brunnen"	004/2019
16	Antrag der SPD Fraktion vom 06.08.2018 (Wiedereinführung einer Baumschutzsatzung) - Einbringung des Antrages in den Sitzungszug	120/2018/1
17	Grüne Infrastruktur in Schwelm Antrag der SPD Fraktion vom 25.10.2018	200/2018/1
18	Bericht der Bürgermeisterin - Rückblick und Ausblick	
19	Erstellung der Gesamtabschlüsse ab 2011	011/2019
20	Elektronische Fassung Haushaltsplan 2019	001/2019
21	Genehmigung der Fortschreibung 2019 des Haushaltssanierungsplans	002/2019
22	Bewilligung von überplanmäßigen Aufwendungen/Auszahlungen bei der Haushaltsstelle 01.01.13.531700 - Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen	025/2019
23	Bewilligung von überplanmäßigen Aufwendungen / Auszahlungen für das Haushaltsjahr 2019 im Produkt 09.01.02 (Aufwendungen für sonstige Dienstleistungen)	003/2019
24	Fragen / Mitteilungen des Rates an die Verwaltung	

Frau Bürgermeisterin Grollmann begrüßt alle Anwesenden zur heutigen Ratssitzung und spricht traditionell zunächst allen Ratsmitgliedern, die seit der letzten Ratssitzung am 29.11.2018 Geburtstag hatten, nachträgliche Geburtstagsglückwünsche aus.

A Öffentliche Tagesordnung

1 Eröffnung der Sitzung und Begrüßung durch die/den Vorsitzende/n

Anschließend eröffnet Frau Grollmann die heutige Sitzung.

2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Sie stellt fest, dass form- und fristgerecht zur heutigen Sitzung eingeladen worden sei und Beschlussfähigkeit vorliege.

Zur Tagesordnung gibt sie nachstehende Hinweise:

Die Vorlagen

- 004/2019 – Benennung einer Straße im neuen Wohngebiet Brunnen
- 120/2018/1 – SPD-Antrag zur Baumschutzsatzung
- 200/2018/1 – SPD-Antrag zur grünen Infrastruktur in Schwelm

analog zum Hauptausschuss vom 07.02.2019 in die nächste Ratssitzung zu vertagen (nachdem der Fachausschuss darüber befunden hat).

Ebenfalls analog zum Hauptausschuss die Vorlage 008/2019 – Gleichstellungsplan in den nächsten Rat zu vertagen. Der Gleichstellungsplan soll zunächst im nächsten Hauptausschuss vorberaten werden.

Weiter schlägt sie vor, die zwei hinzugekommenen Vorlagen zum TOP „Zentralisierung“ als Unterpunkte neu 13.1 und 13.2 in die Tagesordnung einzufügen.

Den Tagesordnungspunkt bisher „Verkauf des Gebäudes GHS“ abzuändern in den „interfraktionellen Antrag vom 05.02.2019 – Prüfung Nachnutzung GHS“.

Den Tagesordnungspunkt „Ausschussumbesetzungen“ aufzugliedern in TOP A 10.1. mit der Vorlage 010/2019/2 zum Verwaltungsrat der Sparkasse und TOP A 10.2. mit der Vorlage 10/2019/2 und den übrigen Ausschussumbesetzungen und Entsendungen in Drittorganisationen.

Die Vorlage 007/2019 durch die Vorlage 007/2019/1 zu ersetzen, da diese eine weitere hinzugekommene Ratsmandatsnachfolge enthält.

Zur Thematik Regionalplan Ruhr schlägt sie vor, die Tagesordnung um den FDP-Antrag vom 31.01.2019 – Vorlage 182/2018/1/2 zu ergänzen und in der Reihenfolge der Tagesordnung hinter den TOP „Fragen der Einwohner an Rat und Verwaltung“ zu ziehen und in der gleichen Reihenfolge abuarbeiten wie im Hauptausschuss.

Frau Grollmann schlägt weiter vor, die Tagesordnung um die Vorlage 025/2019 – „Bewilligung überplanmäßiger Mittel“ – aufgrund der Entscheidung des Hauptausschusses und um die Vorlage 003/2019 „Bewilligung von überplanmäßigen Mitteln im Produkt 09.01.02“ zu erweitern.

Herr Gießwein beantragt, den Tagesordnungspunkt A 13 „Zentralisierung“ mit der Vorlage 026/2019 von der Tagesordnung abzusetzen, da seine Fraktion keine Zeit gehabt habe, sich in die umfangreiche Vorlage einzulesen.

Frau Grollmann bittet um Abstimmung über den Antrag:

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür:	30
	dagegen:	1
	Enthaltungen:	5

Der Antrag ist somit angenommen und der Tagesordnungspunkt 13 wird von der Tagesordnung abgesetzt.

Abstimmung über die Änderung bzw. Ergänzung der Tagesordnung:

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
----------------------	-------------	---

3 Gedenken an verstorbene Mitarbeiterinnen, Mitarbeiter und Ratsmitglieder

Frau Grollmann verliest die Namen der im letzten Jahr verstorbenen Mitarbeiterinnen, Mitarbeiter und Ratsmitglieder, soweit von deren Ableben Kenntnis erlangt wurde und leitet eine Schweigeminute ein.

4 Einführung und Verpflichtung von Ratsmitgliedern 007/2019/1

Nach Niederlegung des Ratsmandates des Herrn Rüttershoff zum 31.12.2018 ist Herr Nockemann als nächster wählbarer Bewerber der CDU-Reserveliste in den Rat der Stadt Schwelm nachgerückt und durch Annahme des Ratsmandates seit dem 01.01.2019 Ratsmitglied.

Durch den Tod des ehemaligen Ratsmitglieds Herrn Wolfgang Stark ist als nächster wählbarer Bewerber der FDP Herr Klaus Meckel in den Rat der Stadt Schwelm nachgerückt. Er hat am 18.12.2019 das Ratsmandat angenommen.

Des Weiteren ist nach Fortzug des Herrn Wulf Huppelsberg aus Schwelm, der dadurch mit Ablauf des 02.02.2019 sein Ratsmandat verloren hat, durch Annahme des Ratsmandates Herr Jürgen Schulz ab dem 08.02.2019 für DIE BÜRGER in den Rat der Stadt Schwelm nachgerückt.

5 Niederschrift zur Sitzung vom 29.11.2018 - Kenntnisnahme und Feststellung -

Frau Grollmann weist darauf hin, dass von den Ratsmitgliedern nach rechtzeitiger

Zuleitung der Niederschrift keine Einwände gegen diese vorgetragen worden seien.

Es wurde eine redaktionelle Änderung vorgenommen. Anstelle von Frau Dr. Kaufmann habe Frau Dr. Philipp die Sitzung um 19:40 Uhr verlassen.

Die Niederschrift zur Sitzung vom 29.11.2018 wird zur Kenntnis genommen und festgestellt, dass Einwände gegen sie nicht erhoben werden.

6 Fragen der Einwohner/innen an Rat und Verwaltung

Frau Grollmann erläutert das Verfahren der Anhörung zum Regionalplan. Sie betont, dass es jedem freistehe, selbst Anträge an den Regionalverband Ruhr (RVR) zu stellen. Momentan sei man im Status der Vorplanungen. Weiter führt sie aus, dass Fragen an die Politik im betreffenden Tagesordnungspunkt beantwortet werden; Fragen an die Verwaltung, wenn möglich direkt.

Herr Rolf Steuernagel (sachkundiger Bürger) habe ein Schreiben des Bürgervereins Linderhausen erhalten und zeige Frau Grollmann erläutere das Verfahren der Anhörung zum Regionalplan. Sie betont, dass es jedem freistehe, selbst Anträge an den Regionalverband Ruhr (RVR) zu stellen. Momentan sei man im Status der Vorplanungen. Weiter führt sie aus, dass Fragen an die Politik im betreffenden Tagesordnungspunkt beantwortet werden; Fragen an die Verwaltung, wenn möglich direkt.

Herr Rolf Steuernagel (sachkundiger Bürger) habe ein Schreiben des Bürgervereins Linderhausen erhalten und zeige sich irritiert über einige Ausführungen.

Herr Nowack (Wirtschaftsförderung) führt aus, dass der RVR festlege, wer bei welchem interkommunalen Kooperationsstandort kooperiere.

Herr Löwer zitiert aus dem Flächennutzungsplan und fragt, an welcher Stelle in welchen Gremien die Abwägung stattgefunden habe, den Grüngürtel von ca. 150 ha in eine Gewerbefläche umzuwandeln. Der Suchraum umfasse auch Teile des Grüngürtels und aus seiner Sicht sei es nicht richtig, die 150 ha umzuwandeln.

Frau Dr. Kryl fragt Politik und Verwaltung, ob es möglich sei, noch in diesem Jahr den Informationsweg zur Bevölkerung zum Beispiel durch Bürgerinformationsveranstaltungen zu verbessern.

Frau Grollmann antwortet, dass die Informationen ausreichend über die Presse und das Internet erfolgt seien.

Herr Simon fragt Frau Grollmann direkt, wie es mit den landwirtschaftlichen Flächen weitergehen solle und ob man nicht die Abstimmung des Hauptausschusses widerrufen könne, um einen eigenen Weg für Linderhausen zu finden.

Frau Grollmann entgegnet, dass die Definition des erweiterten Suchraumes das Ergebnis seiner Einwände sei.

Herr Klaus Langwieler fragt, wie man den Widerspruch erklären könne, auf der einen Seite eine neue Baumschutzsatzung einführen zu wollen und auf der anderen Seite

den Wald abholzen würde. Weiter fragt er, warum die Verwaltung nicht über ein Gewerbegebiet in der Verlängerung der Ruhrstraße nachgedacht habe.

Frau Grollmann antwortet, dass Straßen NRW hier autark gehandelt habe. Gleichwohl habe es aber Gespräche gegeben. Der Kahlschlag sei weder der Politik noch der Verwaltung bekannt gewesen.

Herr Schweinsberg ergänzt, dass der Prozess auch in Sachen Ruhrstraße schon seit 2014 laufe. Seitdem habe man Suchräume definiert und der jetzige sei auf Linderhausen gefallen.

Herr Diergarten fragt die Ratsmitglieder und Frau Grollmann direkt, wie schützenswert das Gremium die Zone des Linderhausener Grüngürtels sehe.

Frau Grollmann führt aus, dass es hier um eine Vorplanung gehe. Im Moment sei man in der Planung, wie nachfolgende Generationen die Ressourcen nutzen können. Es gelte einen gesunden Abwägungsprozess zu finden, der die Stadt lebens- und liebenswert mache. Dafür bräuchte man allerdings auch Gelder. Zusätzlich müsse auch ein ökologischer Ausgleich gewährleistet sein.

Herr Diergarten betont nochmals, dass es ihm um eine persönliche Einschätzung gehe.

Darauf antwortet Frau Grollmann, dass sie den Grüngürtel schützenswert finde, allerdings im Abwägungsprozess zwischen gewerblichen und natürlichen Flächen.

Herr Frederik Diergarten bringt die Meinung seiner Tochter Anni zum Ausdruck, die nicht möchte, dass die Wiesen wegfallen. Er wohne in der Buchenstraße und habe da seinen Lebensmittelpunkt. An Frau Grollmann gerichtet fragt er, wie sie es verantworten könne, solch eine Planung zu unterstützen.

Frau Grollmann antwortet, dass man viel bewirkt habe, jüngeren Familien eine Perspektive zu bieten. Dies gehe aber nur mit ausreichenden Finanzen und einer Politik, die einen guten Abwägungsprozess zwischen Grün- und Gewerbeflächen vollziehe. Genau aus diesem Grund sei der Suchraum erweitert worden. Man befinde sich in den Vorplanungen und sowohl Politik, wie auch Verwaltung gehe nicht sorglos mit den natürlichen Ressourcen um.

Herr Treimer fragt, inwieweit man an die ansässige Geburtshelferkröte gedacht habe, ob schon mit Unternehmen hinsichtlich des Gewerbegebietes gesprochen worden sei und wo Verwaltung eine Vermarktungsfähigkeit sehe, wenn noch kein Industriegebiet realisiert sei.

Herr Schweinsberg antwortet, dass man momentan dabei sei, Suchräume zu finden. Danach gebe es einen Flächennutzungsplan und danach eine Bauplanung, in deren Rahmen auch Artenschutzprüfungen stattfinden.

Bezüglich der Ansprache von Unternehmen führt er aus, dass man solche Gespräche erst nach der Aufstellung des Flächennutzungsplans und des Bebauungsplans führen könne.

Die Nichtrealisierung des Gewerbegebietes Linderhausen sei ein Ergebnis einer Prüfung, die gegen eine weitere Umsetzung gesprochen habe. Weitere Prüfungen könnten ergeben, die Flächen nicht in Gewerbeflächen umzuwandeln.

Herr Windhoevel fragt, warum dieser Suchraum in Linderhausen sei, wo man doch genau wisse, dass dort kein Gewerbe angesiedelt werden könne und es darüber sogar Gutachten gebe.

Herr Schweinsberg führt aus, dass zum jetzigen Zeitpunkt keine Aussage getroffen werden könne, da noch keine validen Kenntnissen vorhanden seien.

Herr Nowack (Wirtschaftsförderung) führt aus, dass der RVR festlege, wer bei welchem interkommunalen Kooperationsstandort kooperiere.

Herr Löwer zitiert aus dem Flächennutzungsplan und fragt, an welcher Stelle in welchen Gremien die Abwägung stattgefunden habe, den Grüngürtel von ca. 150 ha in eine Gewerbefläche umzuwandeln. Der Suchraum umfasse auch Teile des Grüngürtels und aus seiner Sicht sei es nicht richtig, die 150 ha umzuwandeln.

Frau Dr. Kryl fragt Politik und Verwaltung, ob es möglich sei, noch in diesem Jahr den Informationsweg zur Bevölkerung zum Beispiel durch Bürgerinformationsveranstaltungen zu verbessern.

Frau Grollmann antwortet, dass die Informationen ausreichend über die Presse und das Internet erfolgt seien.

Herr Simon fragt Frau Grollmann direkt, wie es mit den landwirtschaftlichen Flächen weitergehen solle und ob man nicht die Abstimmung des Hauptausschusses widerrufen könne, um einen eigenen Weg für Linderhausen zu finden.

Frau Grollmann entgegnet, dass die Definition des erweiterten Suchraumes das Ergebnis seiner Einwände sei.

Herr Klaus Langwieler fragt, wie man den Widerspruch erklären könne, auf der einen Seite eine neue Baumschutzsatzung einführen zu wollen und auf der anderen Seite den Wald abholzen würde. Weiter fragt er, warum die Verwaltung nicht über ein Gewerbegebiet in der Verlängerung der Ruhrstraße nachgedacht habe.

Frau Grollmann antwortet, dass Straßen NRW hier autark gehandelt habe. Gleichwohl habe es aber Gespräche gegeben. Der Kahlschlag sei weder der Politik noch der Verwaltung bekannt gewesen.

Herr Schweinsberg ergänzt, dass der Prozess auch in Sachen Ruhrstraße schon seit 2014 laufe. Seitdem habe man Suchräume definiert und der jetzige sei auf Linderhausen gefallen.

Herr Diergarten fragt die Ratsmitglieder und Frau Grollmann direkt, wie schützenswert das Gremium die Zone des Linderhausener Grüngürtels sehe.

Frau Grollmann führt aus, dass es hier um eine Vorplanung gehe. Im Moment sei man in der Planung, wie nachfolgende Generationen die Ressourcen nutzen können. Es gelte einen gesunden Abwägungsprozess zu finden, der die Stadt lebens- und liebenswert mache. Dafür bräuchte man allerdings auch Gelder. Zusätzlich müsse auch ein ökologischer Ausgleich gewährleistet sein.

Herr Diergarten betont nochmals, dass es ihm um eine persönliche Einschätzung gehe.

Darauf antwortet Frau Grollmann, dass sie den Grüngürtel schützenswert finde, allerdings im Abwägungsprozess zwischen gewerblichen und natürlichen Flächen.

Herr Frederik Diergarten bringt die Meinung seiner Tochter Anni zum Ausdruck, die nicht möchte, dass die Wiesen wegfallen. Er wohne in der Buchenstraße und habe da seinen Lebensmittelpunkt. An Frau Grollmann gerichtet fragt er, wie sie es verantworten könne, solch eine Planung zu unterstützen.

Frau Grollmann antwortet, dass man viel bewirkt habe, jüngeren Familien eine Perspektive zu bieten. Dies gehe aber nur mit ausreichenden Finanzen und einer Politik, die einen guten Abwägungsprozess zwischen Grün- und Gewerbeflächen vollziehe. Genau aus diesem Grund sei der Suchraum erweitert worden. Man befinde sich in den Vorplanungen und sowohl Politik, wie auch Verwaltung gehe nicht sorglos mit den natürlichen Ressourcen um.

Herr Treimer fragt, inwieweit man an die ansässige Geburtshelferkröte gedacht habe, ob schon mit Unternehmen hinsichtlich des Gewerbegebietes gesprochen worden sei und wo Verwaltung eine Vermarktungsfähigkeit sehe, wenn noch kein Industriegebiet realisiert sei.

Herr Schweinsberg antwortet, dass man momentan dabei sei, Suchräume zu finden. Danach gebe es einen Flächennutzungsplan und danach eine Bauplanung, in deren Rahmen auch Artenschutzprüfungen stattfinden.

Bezüglich der Ansprache von Unternehmen führt er aus, dass man solche Gespräche erst nach der Aufstellung des Flächennutzungsplans und des Bebauungsplans führen könne.

Die Nichtrealisierung des Gewerbegebietes Linderhausen sei ein Ergebnis einer Prüfung, die gegen eine weitere Umsetzung gesprochen habe. Weitere Prüfungen könnten ergeben, die Flächen nicht in Gewerbeflächen umzuwandeln.

Herr Windhoevel fragt, warum dieser Suchraum in Linderhausen sei, wo man doch genau wisse, dass dort kein Gewerbe angesiedelt werden könne und es darüber sogar Gutachten gebe.

Herr Schweinsberg führt aus, dass zum jetzigen Zeitpunkt keine Aussage getroffen werden könne, da noch keine validen Kenntnissen vorhanden seien.

7 Aufstellung des Regionalplans Ruhr

Frau Grollmann ruft den Themenkomplex Regionalplan Ruhr mit den Unterpunkten 7.1, 7.2 und 7.3 auf und erteilt den Antragstellern das Wort.

Herr Weidenfeld zitiert eine ihm zugegangene Mail eines Linderhausener Bürgers. Hier gehe es im Tenor darum, dass die Ausweitung des Suchraumes nicht verständlich sei und durchaus andere Flächen zur Ausweitung zur Verfügung stünden.

Herr Schwunk führt aus, dass andere Städte des Ruhrgebietes durchaus erkannt hätten, dass man sich zusammenschließen müsse, um etwas zu bewegen. Man habe sich 10 Kooperationsstandorte angeschaut, die alle abgelehnt worden seien. Die gesamte Flächenberechnung stamme aus den Jahren 2004-2010 und sei völlig veraltet. Die FDP werde auch im RVR gegen diesen Plan stimmen.

Die FDP-Fraktion plädiere für eine neue Planung mit einer Bürgerbeteiligung. Der Landesentwicklungsplan sehe vor, kleinere Orte zu Freiräumen zu erklären. Dies bedeute, dass diese Orte nichts mehr bauen dürfen. Linderhausen müsse wieder zur Siedlungsfläche werden. Die Wohnbebauung sei ein wesentlicher Bestandteil des Antrages der FDP-Fraktion. Die FDP-Fraktion lehne es ab, weitere Flächen für Großbauten vorzusehen. Dafür gebe es alternative Flächen. Die FDP-Fraktion will Potentiale für die Zukunft erhalten und werde sich daher der Vorlage der Verwaltung anschließen.

Herr Feldmann stimmt in der Sache Großbauten mit der FDP-Fraktion überein und werde daher dem Regionalplan ebenfalls nicht zustimmen. Es gebe seltene Arten und daher sei die Abwägung zwischen Umweltschutz und Gewerbesteuer wichtig. Andererseits müsse man überlegen, wieviel Gewerbesteuer man einnehmen müsse, um zukünftige Umweltschäden zu reparieren.

Aus seiner Sicht sei eher eine Diskussion angesagt, ob die Art wie derzeit Flächen bewirtschaftet werden die richtige sei. Darüber hinaus müsse auf der Bundesebene eine Diskussion stattfinden, da das System der Gewerbesteuer völlig überholt sei.

Herr Kranz stellt heraus, dass die Planungssicherheit für ihn der wichtigste Punkt sei. Wenn man jetzt dem Regionalplan zustimme, habe man diese Planungssicherheit nicht. Auch befürchtet er eine Ansiedlung von großflächigem Gewerbe mit wenig Personal, was wiederum seinen Niederschlag in der Gewerbesteuer finde. Er nimmt die Frage von Frau Dr. Kryll aus TOP 6 auf und führt aus, dass auch die Fraktion der SWG/BfS eine Bürgerversammlung begrüßt hätte. Die Fraktion der SWG/BfS wird sich in diesem Punkt dem Standpunkt der Fraktion Die Grünen anschließen.

Herr Flüshöh bedankt sich zunächst bei den Bürgerinnen und Bürgern für ihr Engagement und wünsche sich die gleiche Beteiligung auch bei der Diskussion in den anderen Gremien. Der Haushalt der Stadt Schwelm habe ein Volumen von ca. 80 Millionen Euro, wovon 50 – 60 Millionen Euro steuerfinanziert seien. Das, was Unternehmen nicht zahlen, zahlen die Bürger. Die Bürger seien nicht bereit, noch mehr Einsparungen hinzunehmen. Das Wirtschaftswachstum steige insgesamt in Deutschland und daraus folge auch ein Mehrbedarf an Gewerbeflächen. Daher versuche Politik einen Ausgleich zu finden, um die Wünsche der Bürger und Unternehmen unter einen Hut zu bringen.

Der Regionalplan werde aller Voraussicht nach 2020/2021 beschlossen. Bis dahin werde es noch eine Vielzahl an Diskussionen geben.

Man habe jetzt eine Diskussion über Gewerbe- und Wohnbebauungsflächen. Aus der Anlage der Vorlage sei zu entnehmen, dass auch andere Flächen ausgewiesen seien. Daher solle man sich das Bild in Gänze anschauen. Den Suchraum gebe es schon seit 2015 und er sei mehrfach öffentlich diskutiert worden. Zum aktuellen Zeitpunkt gehe es darum, wo man noch Flächen entwickeln könne und wo nicht. Daher könne das Bild in zwei Jahren ganz anders aussehen.

Zur Zeit rede man über ein Recht, welches sich zukünftigen Generationen nehmen können oder nicht. Man tue alles, auch andere Flächen zu entwickeln. Die Ruhrstraße sei zur Zeit nicht im Suchraum. Wenn allerdings die Politik zu dem Schluss komme, die Ruhrstraße mit einzubeziehen, dann könne der

Regionalverband Ruhr (RVR) sagen, dass man andere Flächen abgeben solle um die Ruhrstraße entwickeln zu können.

In Bezug auf den Grüngürtel werden Fachleute eine Einschätzung abgeben, was schützenswert sei und was nicht. Erst nach Vorlage dieser Gutachten könne weiter entschieden werden. Planverfahren an sich geben den Bürgerinnen und Bürgern das Recht sich zu beteiligen und angehört zu werden und selbstverständlich entstünde nicht plötzlich und unerwartet morgen etwas Neues.

Herr Schier führt für die SPD-Fraktion aus, dass man dem Plan des RVR nicht zustimme, wohl aber der Stellungnahme der Verwaltung. Es gehe hier um die Frage, sich Wege offen zu halten. Warum solle man hier eine Entscheidung über Dinge treffen, wo man noch nicht wisse, wie diese sich entwickeln; sei es als Gewerbe- oder Erholungsflächen. Der Plan des RVR dokumentiere kein Baurecht. Die Bauleitplanung müsse erst einmal laufen. Man sei nicht gezwungen, dieses Gebiet zu entwickeln, wenn man es nicht wolle. Ein Grund für eine Bebauung sei zum Beispiel das Gemeinwohl der Stadt.

Er stimme nicht dagegen, da er die Zukunft für kommende Generationen nicht verbauen möchte. Es könne sich ja auch ergeben, dass der Grüngürtel aufgewertet werde. Er finde es nicht gut, wenn hier Gefahrenlagen seitens einzelner Teile der Politik aufgebaut werden, von denen man noch weit entfernt sei.

Herr Stutzenberger stellt fest, dass die Meinung der Fraktionen jetzt feststehe. Seine Fraktion möchte keinen Suchraum in Linderhausen haben. Wenn man den Grüngürtel als erhaltenswert einschätze, dann möge man dies doch bitte in der Stellungnahme ergänzen.

Herr Kranz geht auf die Ausführungen des Herrn Flühöh ein und gibt ihm Recht, dass man nicht über den Plan, sondern über die Stellungnahme abstimme. Seine Fraktion sehe die Möglichkeit der Entscheidung und werde es auch tun.

Herr Feldmann äußert, dass der RVR die Stellungnahme der Stadt Schwelm als Grundlage der Regionalplanung des RVR nehme.

Aus seiner Sicht brauche Schwelm sozialen Wohnraum und keine überteuerten Einzelhäuser. Hinsichtlich der Flora und Fauna seien Untersuchungen notwendig, die es bisher nicht gebe.

Herr Gießwein erläutert das Abstimmungsverhalten der Fraktion Die Grünen im Kreistag. Weiter sehe er keine Lösung des Problems der Gewerbesteuer. Aus seiner Sicht verliere die Stadt Schwelm als flächenkleinste Kommune den Wettlauf. Die Stellungnahme der Verwaltung umfasse beide in der Anlage dargestellten Flächen. Die Fraktion Die Grüne wolle beide Flächen nicht. Wenn die Verwaltung es auch nicht wolle, so hätte die Verwaltung es aus der Stellungnahme herausnehmen können.

Wenn Politik sich insgesamt einig sei, dann solle die Stellungnahme abgeändert werden. Aus seiner Sicht bedarf es in der heutigen Sitzung keines Beschlusses in irgendeine Richtung, da die zukünftigen Generationen selbst entscheiden werden.

Herr Philipp führt aus, dass die Regionalplanung zeige, dass Klimaschutz Funktion und nicht Ziel sei. Die im Verfahren vorgegebenen Abläufe seien festgelegt und sinnvoll.

Aus Sicht des Herrn Schwunk könne man sich kein „Dagegenstimmen“ leisten, um sich zukünftige Gewerbeinnahmen nicht zu verbauen. Hinsichtlich des

Kooperationsstandortes stellt er fest, dass sich 85 % der Fläche auf Sprockhöveler Gebiet befänden. Wenn der RVR dies umsetzen wolle, dann müsse sowohl Sprockhövel als auch Schwelm dem Bebauungsplan zustimmen.

Es folgt ein Antrag zur Beendigung der Rednerliste. Frau Grollmann lässt über den Antrag abstimmen. Das Abstimmungsergebnis ist einstimmig bei einer Enthaltung.

Frau Grollmann erteilt den noch auf der Rednerliste stehenden Ratsmitgliedern das Wort.

Herr Flühöh richtet die Bitte an Herrn Feldmann, das Thema sachlich zu behandeln.

Herr Weidenfeld führt aus, dass der Regionalplan an sich noch keine Wirkung entfalte. Hierzu bedürfe es eines Flächennutzungsplanes.

Weiter stellt er die Frage, ob es konkret eine Firma in Schwelm gebe, die 8 ha Gewerbeflächen brauche. An dieser Stelle habe er trotz aller Planungsvorbehalte Bedenken. Wenn man diese Fläche entwickle, dann müsse man auch einen Ausgleich schaffen. Eine zugebaute Fläche von 8 ha habe einen entscheidenden Einfluss auf das Klima.

**7.1 Aufstellung des Regionalplans Ruhr
 Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom
 15.01.2019**

182/2018/1/1

Frau Grollmann ruft zur Abstimmung über die Vorlage 182/2018/1/1 auf und lässt analog zum Hauptausschuss einzeln über die Beschlusspunkte abstimmen.

Beschluss:

Die Verwaltung schlägt vor, dem Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 15.01.2019 nicht zu folgen.

Die Beschlusspunkte ergeben sich aus dem Antrag.

Punkt 1:

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür:	9
	dagegen:	28
	Enthaltungen:	

Punkt 2:

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür:	7
	dagegen:	30
	Enthaltungen:	

Punkt 3:

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür:	10
	dagegen:	26
	Enthaltungen:	1

**7.2 Aufstellung des Regionalplans Ruhr
Antrag der FDP-Fraktion vom 31.01.2019**

182/2018/1/2

Beschluss:

1. Die Verwaltung empfiehlt, dem Entscheidungsvorschlag des Antrags bzgl. der Siedlungsflächenentwicklung im Bereich Linderhausen nicht zu folgen.
2. Die Verwaltung empfiehlt, dem Entscheidungsvorschlag des Antrags bzgl. der Siedlungsflächenentwicklung im Bereich südlich der Hauptstraße 14 bis zur Ehrenberger Straße nicht zu folgen.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür:	4
	dagegen:	31
	Enthaltungen:	2

**7.3 Aufstellung des Regionalplans Ruhr
1. Bericht über die relevanten Änderungen für die
Stadt Schwelm zur Kenntnis
2. Beschluss über die Stellungnahme der Stadt
Schwelm zur Vorlage beim RVR**

182/2018/1

Frau Grollmann ruft zur Abstimmung über die Vorlage 182/2018/1 auf und lässt diese in ihren Beschlusspunkten analog zum Hauptausschuss abstimmen

Beschluss:

1. Kenntnisnahme des Berichts (Teil 1 dieser Vorlage) über die geplanten und für die Stadt Schwelm relevanten Änderungen des Regionalplans.
2. Beschluss der erarbeiteten Stellungnahme der Verwaltung (Anlage 5) zur Vorlage beim Regionalverband Ruhr (RVR) im Rahmen der Beteiligung der öffentlichen Stellen gemäß § 9 Raumordnungsgesetz (ROG) i.V.m. § 13 Abs. 1 Landesplanungsgesetz (LPIG) NRW zur Neuaufstellung des Regionalplanes.
3. Beschluss der erarbeiteten interkommunalen Stellungnahme (Anlage 6) zur Vorlage beim Regionalverband Ruhr (RVR) im Rahmen der Beteiligung der öffentlichen Stellen gemäß § 9 Raumordnungsgesetz (ROG) i.V.m. § 13 Abs. 1 Landesplanungsgesetz (LPIG) NRW zur Neuaufstellung des Regionalplanes.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, die zuvor beschlossenen Stellungnahmen (Stellungnahme der Verwaltung und interkommunale Stellungnahme) dem RVR vorzulegen.

Punkt 1: Kenntnisnahme

Punkt 2:

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür:	24
	dagegen:	13
	Enthaltungen:	

Punkt 3:

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür:	26
	dagegen:	11
	Enthaltungen:	

Punkt 4:

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür:	27
	dagegen:	10
	Enthaltungen:	

8 Mitteilungen der Bürgermeisterin

Frau Grollmann stellt ihre Tätigkeiten nach § 16 des Korruptionsbekämpfungsgesetzes vor. Die Aufstellung sei auch auf der Homepage der Stadt Schwelm einsehbar. Zu den Einkünften aus Nebentätigkeiten werde sie im nichtöffentlichen Teil ausführen. Herr Schweinsberg schließt sich als 1. Beigeordneter freiwillig an.

Frau Grollmann teilt mit, dass der Heimatpreis ausgelobt sei. Nach Rücksprache mit dem Ministerium falle die schriftliche Entscheidung bis Mitte März. Der Fachbereich Schule, Kultur und Sport wird ein Bewertungsformular vorbereiten. Wenn der Bescheid über den Heimatpreis seitens des Ministeriums positiv sei, werde auch der Integrationspreis über FB 4 ausgelobt.

9 Konzept Sauberkeit und Stadtbildpflege (interfrakt. 216/2018 Antrag v. 04.11.2018)

Frau Grollmann eröffnet den Tagesordnungspunkt.

Herr Gießwein stellt mündlich analog zum Hauptausschuss den Antrag, dass die technischen Betriebe der Stadt Schwelm ein Fahrzeug mit alternativem Antrieb anstelle des Dieselfahrzeuges im Konzept beschaffen. Er weist in diesem Zusammenhang auf die Möglichkeit einer Förderung hin.

Herr Feldmann erkundigt sich nach dem Verbleib des Bürgerantrages.

Herr Schwunk stellt mündlich den Antrag, dass die Technischen Betriebe Schwelm zur nächsten Sitzung des Hauptausschusses einen Katalog präventiver Maßnahmen vorlegen.

Frau Burbulla greift die Diskussion aus dem Hauptausschuss auf und plädiert nochmals dafür, endlich anzufangen, das Konzept umzusetzen.

Herr Schweinsberg berichtet von einer Diskussion im Verwaltungsrat der TBS, dass die Nichtbesetzung von Stellen zu Leistungseinschränkungen führe und die Aufgaben des CityTeams keine originären Aufgaben der Technischen Betriebe seien.

Herr Flüshöh appelliert an die Mitglieder des Gremiums, Herrn Flocke zu vertrauen und das Grundkonzept zu beschließen.

Herr Weidenfeld weist darauf hin, dass andere Städte Lastenfahrräder verleihen.

Herr Bosselmann fragt, ob es im derzeitigen Bestand der TBS ein Fahrzeug gebe, mit dem gestartet werden könne. Herr Flocke verneint dies.

Frau Grollmann ruft zur Abstimmung über den mündlich gestellten Antrag des Herrn Gießwein auf:

Die Technischen Betriebe Schwelm schaffen ein Fahrzeug mit alternativem Antrieb anstelle des Fahrzeuges aus dem Konzept an.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür:	10
	dagegen:	19
	Enthaltungen:	6

Frau Burbulla war bei der Abstimmung nicht anwesend.

Frau Grollmann ruft zur Abstimmung über den mündlich gestellten Antrag des Herrn Schwunk auf:

Die Technischen Betriebe Schwelm legen zur nächsten Sitzung des Hauptausschusses einen Katalog präventiver Maßnahmen vor.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür:	10
	dagegen:	19
	Enthaltungen:	6

Frau Burbulla war bei der Abstimmung nicht anwesend.

Im Anschluss ruft Frau Grollmann zur Abstimmung über die Vorlage 216/2018 auf.

Beschluss:

Die TBS werden beauftragt, das in Vorlage 216/2018 dargestellte Konzept zur Sauberkeit und Stadtbildpflege umzusetzen und hierfür die personellen und technischen Voraussetzungen insoweit zu schaffen, dass ein Start im Mai 2019 erfolgt.

Die TBS werden gebeten, im Herbst 2019 einen Sachstandsbericht vorzulegen.

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, bei der Genehmigung von Veranstaltungen eine verpflichtende Vorgabe für das Bereitstellen ausreichender Abfallbehältervolumina und die abschließende Reinigung der Veranstaltungsfläche zu ergänzen.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür:	29
	dagegen:	3
	Enthaltungen:	4

10 Vorstellung des neuen Wirtschaftsförderers

Herr Simon Nowack stellt sich als Wirtschaftsförderer der Stadt Schwelm vor. *Die Präsentation ist dem Protokoll als Anlage beigelegt.*

11 Gleichstellungsplan 2019 bis 2024

008/2019

Der Tagesordnungspunkt ist zu Beginn der Sitzung in den nächsten Rat vertagt worden.

12 Ausschussumbesetzungen

12.1 Änderung der Besetzung im Verwaltungsrat der Städtischen Sparkasse zu Schwelm

010/2019/2

Herr Beckmann teilt weiterhin den Sachverhalt nicht und findet es bedenklich, wie hier mit dem Datenschutz umgegangen werde.

Herr Gießwein teilt mit, dass er an der Abstimmung nicht teilnehme, da ihm die Zeit gefehlt habe, sich mit dem Sachverhalt eingehend zu befassen.

Die FDP-Fraktion teilt die Rechtsauffassung nicht und beantragt eine getrennte Abstimmung der Beschlusspunkte.

Dr. Bockelmann kündigt an, sich ebenfalls nicht an der Abstimmung zu beteiligen.

Herr Kranz werde in Teilen zustimmen.

Herr Flühshoh führt aus, dass es darum gehe, Herrn Beckmann ein rechtliches Mittel an die Hand zu geben, da durch die Bestätigung der Kenntniserlangung Fristen in Gang gesetzt werden. Einige Literatur führe aus, dass es dafür ein Beschluss des Gremiums brauche.

Herr Kick stimmt Herrn Flühshöh zu. Eine zügige Nachbesetzung sei auch Wunsch der FDP-Fraktion.

Herr Kirschner kann die Bedenken des Herrn Gießwein nachvollziehen. Dennoch bestehe die Problematik, dass Herr Beckmann Klarheit brauche.

Zudem empfinde er die Formulierung des Beschlussvorschlages als unglücklich und schlägt vor, im Punkt 1 nur Kenntnisnahme und keine Feststellung festzustellen.

Herr Kick führt aus, dass der Ausschluss automatisch erfolgt sei und der Beschluss nur deklaratorische Bedeutung habe.

Herr Beckmann verlässt das Gremium.

Herrn Schier gehe es darum, dass ein Beschluss gefasst werde, damit Herr Beckmann Rechtsmittel einlegen könne.

Das Gremium einigt sich darauf, den ersten Beschlusspunkt um die Uhrzeit zu ergänzen.

Vor Aufruf zur Abstimmung verlassen Frau Gießwein und die Herren Dr. Bockelmann, Gießwein, Kranz und Weidenfeld das Gremium.

Frau Grollmann ruft zur getrennten Abstimmung auf.

geänderter Beschluss:

1. Der Rat der Stadt Schwelm stellt fest, dass er am 14.02.2019 **um 21:00 Uhr** Kenntnis davon erlangt hat, dass in der Person des Herrn Philipp Beckmann eine Unvereinbarkeit von Beruf und Tätigkeit im Verwaltungsrat der Städtischen Sparkasse zu Schwelm gemäß § 13 Abs. 1 b) des Sparkassengesetzes Nordrhein-Westfalen (SpkG NRW) besteht.
2. Es wird festgestellt, dass Herr Philipp Beckmann wegen Unvereinbarkeit mit Kenntnisnahme vom 14.02.2019 aus dem Verwaltungsrat der Städtischen Sparkasse zu Schwelm ausscheidet.
3. Herr Roland Zimmer wird als Nachfolger für Herrn Philipp Beckmann als Mitglied in den Verwaltungsrat der Städtischen Sparkasse zu Schwelm gewählt.

Punkt 1

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
	Enthaltungen:	6

Punkt 2

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
	Enthaltungen:	7

Punkt 3

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
	Enthaltungen:	3

12.2 Ausschussumbesetzungen und Entsendung in Drittorganisationen

010/2019/1

Beschluss:

1. Die in Anlage 1 zur Vorlage 010/2019/1 aufgeführten Umbesetzungen in Ausschüssen bzw. sonstigen Gremien sowie Entsendungen in Drittorganisationen werden beschlossen.
2. Die Nachfolge des 1. stellvertretenden Ausschussvorsitzes im Finanzausschuss des Herrn Oliver Flühöh durch Herrn Michael Müller und des 2. stellvertretenden Ausschussvorsitzes im Jugendhilfeausschuss des Herrn Michael Müller durch Herrn Frank Nockemann werden zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
----------------------	-------------	---

13 Zentralisierung

13.1 Zentralisierung der Verwaltung / Stand der Planungen Neubau Rathaus und Kulturzentrum. 026/2019

Zu Beginn der Sitzung abgesetzt.

14 Interfraktioneller Antrag vom 05.02.2019 - Prüfung Nachnutzung Gustav-Heinemann-Schule 022/2019

Frau Grollmann ruft den Themenkomplex Gustav-Heinemann-Schule auf. Nachdem keine Wortmeldungen vorliegen, ruft sie zur Abstimmung über die Vorlage 022/2019 auf.

Beschluss:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, eine Zusammenführung der Gemeinschaftsgrundschule Engelbertstraße sowie der Erprobungsstufe des Märkischen Gymnasiums Schwelm (Klassen 5 und 6) in dem Gebäude der ehemaligen Gustav-Heinemann-Schule umfassend und unter allen notwendigen räumlichen und finanziellen Aspekten zu prüfen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, mit dem Fördermittelgeber zu klären, ob und inwieweit auf eine Rückzahlung von Fördergeldern, die zum Um- und Ausbau der Gemeinschaftsgrundschule Engelbertstraße verwendet wurden, verzichtet werden kann.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
----------------------	-------------	---

15 Benennung einer Straße im Bebauungsplangebiet "Neues Wohngebiet Brunnen" 004/2019

Zu Beginn der Sitzung vertagt.

16 Antrag der SPD Fraktion vom 06.08.2018 (Wiedereinführung einer Baumschutzsatzung) 120/2018/1

- Einbringung des Antrages in den Sitzungszug

Zu Beginn der Sitzung vertagt.

17 Grüne Infrastruktur in Schwelm Antrag der SPD Fraktion vom 25.10.2018 200/2018/1

Zu Beginn der Sitzung vertagt.

18 Bericht der Bürgermeisterin - Rückblick und Ausblick

Frau Grollmann lädt das Gremium ein, sich gemeinsam mit ihr einen Imagefilm über die Stadt Schwelm anzuschauen.

Weiter Grollmann kündigt sie an, ihren geplanten Redebeitrag dem Protokoll beizufügen. *Die Ausführungen sind dem Protokoll als Anlage beigefügt.*

19 Erstellung der Gesamtabschlüsse ab 2011 011/2019

Kenntnisnahme wird festgestellt.

20 Elektronische Fassung Haushaltsplan 2019 001/2019

Kenntnisnahme wird festgestellt.

21 Genehmigung der Fortschreibung 2019 des Haushaltssanierungsplans 002/2019

Kenntnisnahme wird festgestellt.

22 Bewilligung von überplanmäßigen Aufwendungen/Auszahlungen bei der Haushaltsstelle 01.01.13.531700 - Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen 025/2019

Beschluss:

Bei der Haushaltsstelle 01.01.13.531700 – Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen - werden überplanmäßige Aufwendungen/Auszahlungen für das Haushaltsjahr 2019 in Höhe von 26.500 € bewilligt.

Die Deckung ist durch Minderaufwendungen/Minderauszahlungen bei der Haushaltsstelle 16.01.01.537400 – Kreisumlage allgemein- in Höhe von 26.500 € gewährleistet.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür:	30
	dagegen:	1
	Enthaltungen:	3

**23 Bewilligung von überplanmäßigen Aufwendungen / 003/2019
Auszahlungen für das Haushaltsjahr 2019 im Produkt
09.01.02 (Aufwendungen für sonstige
Dienstleistungen)**

Beschluss:

Bei der Haushaltsstelle 09.01.02.529100 – Aufwendungen für sonstige Dienstleistungen - werden überplanmäßige Aufwendungen/Auszahlungen für das Haushaltsjahr 2019 in Höhe von 39.800 € bewilligt. Die Deckung ist durch Minderaufwendungen/Minderauszahlungen bei der Haushaltsstelle 16.01.01.537400 – Kreisumlage allgemein - in Höhe von 39.800 € gewährleistet.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
	Enthaltungen:	1

24 Fragen / Mitteilungen des Rates an die Verwaltung

Herr Philipp schlägt zum Sachverhalt Kommunalpolitik in der Schule vor, nicht die Europawahl, sondern eher die Haushaltsberatung zu thematisieren, da aus seiner Sicht damit mehr kommunalpolitischer Bezug gegeben sei.

Frau Grollmann erklärt, dass die Lehrer mit den Schülerinnen und Schüler konkret etwas vorbereiten und empfiehlt keine Intervention.

Nachdem keine Fragen oder Mitteilungen mehr vorliegen beendet Frau Grollmann den öffentlichen Teil der Sitzung.

Unterschriften zu den Seiten 1 bis 21 der Sitzungsniederschrift vom heutigen Tage.

Schwelm, den 18.04.2019	Schritfführerin gez. Liebscher	Die Bürgermeisterin gez. Grollmann
-------------------------	--------------------------------------	--